

# Die erste "Session der Menschen mit Behinderungen" der Schweiz

Die allererste "Session der Menschen mit Behinderungen" fand am Freitag, den 24. März 2023, nachmittags im Saal des Schweizer Nationalrats im Bundeshaus in Bern statt. Diese Sitzung wurde online gestreamt, simultan in die jeweiligen Gebärdensprachen übersetzt und mit Untertiteln versehen.

Es versammelten sich 44 Menschen mit Behinderungen aus der ganzen Schweiz, die zuvor in einer Abstimmung auf der Website von Pro Infirmis, einer der führenden Organisationen für die Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz, gewählt worden waren. Diese 44 gewählten Vertreter:innen von 200 zu vergebenden Sitzen im Nationalrat repräsentieren den Anteil aller in der Schweizer Gesellschaft lebenden Menschen mit Behinderungen, der bei rund 22% liegt.

Unter der Leitung von Nationalrat Christian Lohr (Die Mitte, aus dem Kanton Thurgau), der selbst von einer körperlichen Behinderung durch Contergan betroffen ist, und in Anwesenheit des derzeitigen Nationalratspräsidenten Martin Candinas (Die Mitte) und der Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli-Koller (Die Mitte) verabschiedeten sie eine Resolution<sup>1</sup> an die Bundesversammlung, in der sie Folgendes fordern:

1. "Wir fordern, autonom und ungehindert unser Wahl- und Stimmrecht ausüben zu können. Niemandem darf aufgrund einer Behinderung dieses Recht entzogen werden. Bund, Kantone und Gemeinden garantieren, dass allen Menschen mit Behinderungen sämtliche Informationen zugänglich sind und das Wahl- und Abstimmungsverfahren autonom und hindernisfrei möglich ist."
2. "Wir fordern, selbstbestimmt und gleichberechtigt am politischen Leben teilzuhaben. Bund, Kantone, Gemeinden, aber auch die Parteien und politische Veranstalter verpflichten sich, ihre Veranstaltungen, Abläufe, Gebäude, Dienstleistungen, Unterlagen und Informationen für alle Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen, öffentliche Mittel dafür zur Verfügung zu stellen und treten gegen Ableismus ein."

<sup>1</sup> [Resolution der Behindertensession "Vollständige politische Teilhabe jetzt!", Pro Infirmis, verabschiedet: 24.03.2023, abgerufen: 04.04.2023](#)

3. "Wir fordern eine bessere direkte Repräsentation von Menschen mit Behinderungen auf allen politischen Ebenen – vom Gemeinderat bis in den Bundesrat. Bund, Kantone, Gemeinden und Parteien verpflichten sich, dieses Ziel durch Massnahmen zur Unterstützung, Ermutigung und durch finanzielle Nachteilsausgleiche zu erreichen. Der Staat garantiert, dass Personen nach Beendigung eines politischen Amtes die gleichen Sozialleistungen wie davor erhalten."
4. "Wir fordern bei allen politischen Entscheiden angehört zu werden und mitsprechen zu können. Dafür bezeichnen alle ständigen Kommissionen auf allen staatlichen Ebenen Menschen mit Behinderungen als Expert:innen und konsultieren diese. Zusätzlich wird auf nationaler Ebene eine ausserparlamentarische Behindertenkommission geschaffen."
5. "Wir fordern unsere Mitstreiter:innen, die 1,8 Millionen Menschen mit Behinderungen, dazu auf, aktiv zu werden, sich zu vernetzen und sich auf allen Ebenen politisch einzubringen. Dabei gilt es, bestehende Hindernisse weiterhin aufzuzeigen und sich den Platz in der Politik zu erkämpfen."
6. "Wir fordern die Organisationen von und für Menschen mit Behinderungen auf, ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen. Sie verpflichten sich, ihre strategischen und operativen Gremien mit Menschen mit Behinderungen zu besetzen, sie autonom und hindernisfrei mitgestalten zu lassen und sich gemeinsam mit ihnen für die vollständige politische Teilhabe einzusetzen."
7. "Wir fordern, dass Menschen mit Behinderungen nicht an bestimmten Fähigkeiten gemessen und auf ihre Behinderungen reduziert werden. Nach Grundrecht sind alle Menschen gleich und sollen keine Ungleichbehandlung und stereotypische Zuweisungen erfahren."
8. "Wir fordern, dass diese erste Behindertensession nicht die letzte sein wird. Wir haben noch viel zu sagen und einzubringen."

In der Schweiz gibt es Bürger:innen, die aufgrund von psychischen oder kognitiven Behinderungen unter der sogenannten "umfassenden Beistandschaft" leben. In der überwiegenden Mehrheit der Kantone und auf Bundesebene sind sie von der politischen Teilhabe (direkt und indirekt) ausgeschlossen.

Das muss aufhören, vor allem in einem Land, das sehr stolz auf seine demokratischen Traditionen und seine Vielfalt ist und eine der am längsten bestehenden und ununterbrochenen Demokratien der Welt ist.

Die grössten Hindernisse für eine gleichberechtigte politische Teilhabe sind die mangelnde Zugänglichkeit zu und in Gebäuden von Parteien, Kommunal-, Kantons- oder Bundesregierungen und Parlamenten, zu Veranstaltungsorten, d.h. Kundgebungen, zu Informationen oder zur Ausübung von Ämtern, wenn sie gewählt werden, sowie sprachliche und kommunikative Hindernisse (wie fehlende Gebärdensprache und Übersetzungen in Leichter Sprache, keine Untertitel, schlecht gestaltete und zugängliche Websites und Inhalte von Social-Media-Kanälen). Barrierefreiheit ist entweder gar nicht oder nur teilweise gegeben.

Wenn es gewählte Politiker:innen mit Behinderungen gibt, riskieren einige von ihnen während ihrer Amtszeit ihre Invalidenrente oder ihren Zugang zu Ergänzungsleistungen und müssten sich danach neu bewerben.

Die Überprüfung des Länderberichts durch den UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen<sup>2</sup>, der aufgrund der Ratifizierung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im April 2014 das gesetzliche Recht hat, die Situation von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz zu beobachten, hat laut der Resolution und wegen der unzureichenden Beteiligung von Menschen mit Behinderungen gravierende Mängel in allen Lebensbereichen festgestellt, aber vor allem bei der Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs (Bushaltestellen, Bahnhöfe), der laut Behindertengleichstellungsgesetz BehiG bis Ende 2023 barrierefrei sein muss, der Zugänglichkeit bestehender Gebäude oder bei der Finanzierung von Behindertenwerkstätten und Pflegeheimen, die die Teilhabe an der Gesellschaft und der Wirtschaft behindert, oder der Tatsache, dass die Schweiz Menschen mit Behinderungen in ihrem Sozialversicherungssystem als "invalid" (wertlos, ungültig) oder als "hilflos" (siehe "Hilflosenentschädigung") abstempelt.

**Volt Schweiz ist sehr daran gelegen, diese Forderungen aus der Resolution zu erreichen und hart daran zu arbeiten, denn sie sind der Kern der fortschrittlichen, gleichstellenden und inklusiven Werte von Volt. Zusammen kämpfen wir in ganz Europa für eine fairere Gesellschaft, in der alle Menschen ihr Potenzial ausschöpfen können.**

---

<sup>2</sup> [UNO-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, abschliessende Beobachtungen zum Erstbericht der Schweiz \(Englisch\), verabschiedet: 23.03.2022, veröffentlicht: 13.04.2022, abgerufen: 04.04.2023](#)

## Switzerland's first "Session of persons with disabilities"

The very first "Session of Persons with Disabilities" took place in the afternoon of Friday, March 24, 2023 in the hall of the Swiss National Council in the Federal Palace in Bern. This session was live streamed, simultaneously translated into the respective sign languages, and was also captioned.

44 persons with disabilities from all Switzerland gathered, who had previously been elected by a single vote on the website of Pro Infirmis, one of the leading organisations when it comes to inclusion and equality of persons with disabilities in Switzerland. These 44 elected representatives out of 200 seats to assign in the National Council represent the share of all persons with disabilities living in Swiss society, which stands at around 22 %.

Albeit a rather concise and strict agenda to follow, they – lead by National Councillor Christian Lohr (The Centre, from the canton of Thurgau), himself being affected by a physical disability through thalidomide, and in presence of the current Speaker of the National Council, Martin Candinas (The Centre), and the Speaker of the Council of States, Brigitte Häberli-Koller (The Centre) – adopted a resolution<sup>3</sup> to the Federal Assembly to demand the following:

1. "We demand to be able to exercise our right to vote and elect autonomously and without hindrance. No one shall be deprived of this right because of a disability. The Confederation, cantons and municipalities guarantee that all persons with disabilities have access to all information and that the election and voting process is autonomous and free of obstacles."
2. "We demand self-determination and equal participation in political life. The Confederation, cantons, municipalities, but also the political parties and political organisers commit themselves to making their events, procedures, buildings, services, documents and information accessible to all persons with disabilities, to making public funds available for this purpose and to stand up against ableism."

---

<sup>3</sup> [Resolution from the Session of Persons with Disabilities "Full political participation now!", Pro Infirmis \(German, French, Italian only\), adopted 24/03/2023, called 04/04/2023](#)

3. "We demand better direct representation of people with disabilities at all political levels – from the municipal council to the Federal Council. The Confederation, cantons, municipalities and political parties commit to achieving this goal through measures of support, encouragement and financial compensation for disadvantages. The state shall guarantee that people will receive the same social benefits after leaving political office as before."
4. "We demand to be heard and to have a say in all political decisions. To this end, all standing commissions at all levels of government designate persons with disabilities as experts and consult them. In addition, an extra-parliamentary commission for people with disabilities will be created at the national level."
5. "We call on our fellow campaigners, the 1.8 million people with disabilities, to become active, to network and to become politically involved at all levels. In doing so, it is important to continue to point out existing obstacles and to fight for their place in politics."
6. "We call on organisations of and for people with disabilities to act as role models. They commit themselves to staffing their strategic and operational bodies with persons with disabilities, to letting them participate autonomously and without barriers, and to working together with them for full political participation."
7. "We demand that people with disabilities are not measured by certain abilities and reduced to their disabilities. According to fundamental law, all people are equal and should not be treated unequally and stereotyped."
8. "We demand that this first disability session will not be the last. We still have a lot to say and to contribute."

In Switzerland, there are citizens living under the so-called "comprehensive guardianship" mostly because of psychological or cognitive disabilities. In the vast majority of cantons and on the federal level they are excluded from participating in politics (directly and indirectly).

This has to stop, especially for a country that takes huge pride in its democratic traditions, its diversity, and is one of the longest existing and uninterrupted democracies in the world.

The greatest hindrances to political participation on an equal footing are the lacking of accessibility to and in buildings of parties, local, cantonal or federal governments and parliaments, to event venues, i.e. rallies, to information or for the holding and execution of offices if elected, and linguistic and communicative obstacles (like no sign language and easy-to-read translations, no subtitles, poorly designed and accessible websites, and contents of social media channels). Accessibility is either not at all or only partially given.

If there are elected politicians with disabilities, some will risk their "invalidity" pension or their access to supplementary benefits ("Ergänzungsleistungen" in German) during their term of office and would have to reapply thereafter.

According to the resolution and because of the insufficient participation of persons with disabilities, the review of the country report by the UN Committee on the Rights of Persons with Disability<sup>4</sup>, which has its statutory right to observe the situation of persons with disabilities in Switzerland due to the ratification of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities in April 2014, found serious shortcomings in all areas of life, but especially in the accessibility of public transport (bus stops and train stations) which must be accessible until the end of 2023, according to the Federal Disability Equality Act FDEA, in the accessibility of buildings or in the funding of sheltered workshops for persons with disabilities and nursing homes that hinders participation in society and in the economy, or the fact that Switzerland is labelling persons with disabilities as "invalid" (null and void) or as "helpless" (see "helplessness allowance") in its social security system.

**Volt Switzerland is keen to achieve these demands from the resolution and to work hard on them, because they are at the core of Volt's progressive, equating, and inclusive values. Together we are fighting across Europe for a fairer society where all people can fulfil their potential.**

---

<sup>4</sup> [UNCRPD – Concluding observations on the initial report of Switzerland, adopted 23/03/2022, published 13/04/2022, called 04/04/2023](#)

# La première «Session des personnes handicapées» de la Suisse

La toute première « Session des personnes handicapées » a eu lieu dans l'après-midi du vendredi 24 mars 2023 dans la salle du Conseil national suisse au Palais fédéral à Berne. Cette session a été retransmise en direct, traduite simultanément dans les langues des signes respectives et sous-titrée.

44 personnes handicapées de toute la Suisse se sont réunies. Elles avaient été élues par un vote unique sur le site Internet de Pro Infirmis, l'une des organisations les plus influentes en matière d'inclusion et d'égalité des personnes handicapées en Suisse. Ces 44 représentants élus sur les 200 sièges à attribuer au Conseil national représentent la part de toutes les personnes handicapées vivant dans la société suisse, qui s'élève à environ 22 %.

Malgré un ordre du jour plutôt concis et strict, ils ont — sous la conduite du conseiller national Christian Lohr (Le Centre, du canton de Thurgovie), lui-même atteint d'un handicap physique dû à la thalidomide, et en présence de l'actuel président du Conseil national, Martin Candinas (Le Centre), et de la présidente du Conseil des Etats, Brigitte Häberli-Koller (Le Centre) — adopté une résolution<sup>5</sup> à l'intention de l'Assemblée fédérale pour exiger ce qui suit :

1. « Nous revendiquons la possibilité d'exercer pleinement, et en toute autonomie, notre droit de vote et d'élire. Aucune personne ne doit être privée de ce droit à cause d'un handicap. La Confédération, les cantons et les communes doivent faire en sorte que toutes les personnes en situation de handicap aient accès à toutes les informations et puissent exercer leur droit de vote et d'élire de manière autonome. »
2. « Nous revendiquons la participation à la vie politique sur un pied d'égalité et de manière autonome. La Confédération, les cantons et les communes, mais aussi les partis et autres associations politiques doivent faire en sorte que leurs manifestations, procédures, bâtiments, services, documents et informations soient accessibles à toutes les personnes en situation de handicap, que des fonds publics soient disponibles à cet effet, et s'opposent au capacitisme. »

<sup>5</sup> [Résolution de la Session des personnes handicapées « Pleine participation politique – maintenant ! », Pro Infirmis, adoptée le 24.03.2023, consultée le 04.04.2023](#)

3. « Nous revendiquons une meilleure représentation directe des personnes en situation de handicap à tous les niveaux politiques — du Conseil communal au Conseil fédéral. La Confédération, les cantons, les communes et les partis s'engagent à atteindre cet objectif par des mesures de soutien, d'encouragement et de compensation financière des désavantages. L'État garantit que les personnes élues retrouvent les prestations sociales antérieures après leur mandat. »
4. « Nous revendiquons d'être consulté·e·s sur toutes les décisions politiques et de participer au débat. Pour ce faire, toutes les commissions permanentes à tous les niveaux de l'État désignent des personnes en situation de handicap comme expert·e·s et les consultent. De plus, une commission extraparlamentaire de personnes handicapées sera créée au niveau national. »
5. « Nous demandons aux 1,8 million de citoyennes et citoyens en situation de handicap de devenir actrices et acteurs, de s'unir et d'élever leur voix à tous les niveaux politiques. Il faut continuer à mettre en évidence les obstacles existants et à réclamer une place dans la politique. »
6. « Nous demandons aux organisations de et pour les personnes en situation de handicap d'assumer leur rôle de modèle. Elles doivent nommer des personnes en situation de handicap dans leurs organes stratégiques et opérationnels, leur permettre de travailler de manière autonome et sans obstacles, et s'engager avec elles pour une pleine participation politique. »
7. « Nous revendiquons que les personnes en situation de handicap ne soient pas jugées en fonction de certaines capacités et réduites à leurs handicaps. Selon le droit fondamental, tous les êtres humains sont égaux et ne doivent pas faire l'objet d'un traitement inégal ou d'une catégorisation stéréotypée. »
8. « Nous revendiquons que cette première session des personnes handicapées ne soit pas la dernière. Nous avons encore beaucoup à dire et à apporter. »

En Suisse, des citoyen·ne·s vivent sous ce que l'on appelle la « curatelle de portée générale », principalement en raison de handicaps psychologiques ou cognitifs. Dans la grande majorité des cantons et au niveau fédéral, elles-ils sont exclu·e·s de la participation à la vie politique (directement et indirectement).



Cela doit cesser, en particulier dans un pays qui tire une grande fierté de ses traditions démocratiques et de sa diversité et qui est l'une des démocraties les plus anciennes et les plus ininterrompues du monde.

Les principaux obstacles à la participation politique sur un pied d'égalité sont le manque d'accessibilité aux partis, aux gouvernements locaux, cantonaux ou fédéraux et aux parlements, ainsi qu'à leurs bâtiments, aux lieux où se déroulent les événements, c'est-à-dire les rassemblements, à l'information ou à l'exercice d'un mandat en cas d'élection, et les obstacles linguistiques et communicationnels (tels que l'absence de langue des signes et de traductions faciles à lire, l'absence de sous-titres, la mauvaise conception et l'inaccessibilité des sites web et du contenu des réseaux sociaux). L'accessibilité n'est pas assurée du tout ou seulement partiellement.

S'il y a des élu·e·s handicapé·e·s, certain·e·s risquent de perdre leur pension d'invalidité ou leur accès à des prestations complémentaires pendant leur mandat et devront présenter une nouvelle demande par la suite.

Selon la résolution et en raison de la participation insuffisante des personnes handicapées, l'examen du rapport national par le Comité des droits des personnes handicapées de l'ONU<sup>6</sup>, qui a le droit statutaire d'observer la situation des personnes handicapées en Suisse en raison de la ratification de la Convention relative aux droits des personnes handicapées en avril 2014, a constaté de graves lacunes dans tous les domaines de la vie, mais surtout dans l'accessibilité des transports publics (arrêts de bus et gares) qui doivent être accessibles jusqu'à fin 2023, selon la loi fédérale sur l'égalité pour les personnes handicapées LHand, dans l'accessibilité des bâtiments ou dans le financement des ateliers protégés pour personnes handicapées et des maisons médicalisées qui entravent la participation à la société et à l'économie, ou encore le fait que la Suisse qualifie les personnes handicapées d'« invalides » (sans aucune valeur ou nul) ou d'« impuissantes » (voir « allocation pour impotent ») dans son système de sécurité sociale.

**Volt Suisse tient à obtenir ces demandes de la résolution et à y travailler dur, car elles sont au cœur des valeurs progressistes, égalitaires, inclusives et paneuropéennes de Volt. Ensemble, nous nous battons dans toute l'Europe pour une société plus juste, dans laquelle tous les individus peuvent réaliser leur potentiel.**

---

<sup>6</sup> [Comité des droits des personnes handicapées de l'ONU, observations finales concernant le rapport initial de la Suisse, adoptées le 23.03.2022, publiées le 13.04.2022, consultées le 04.04.2023](#)

## Il primo «Sessione delle persone con disabilità» in Svizzera

La primissima «Sessione delle persone con disabilità» si è svolta nel pomeriggio di venerdì 24 marzo 2023 nella sala del Consiglio Nazionale Svizzero nel Palazzo Federale di Berna. Questa sessione è stata trasmessa in diretta streaming, tradotta simultaneamente nelle rispettive lingue dei segni e sottotitolata.

Si sono riunite 44 persone con disabilità provenienti da tutta la Svizzera, che sono state precedentemente elette con un voto singolo sul sito web di Pro Infirmis, una delle organizzazioni leader in materia di inclusione e uguaglianza delle persone con disabilità in Svizzera. Questi 44 rappresentanti eletti su 200 posti da assegnare nel Consiglio Nazionale rappresentano la quota di tutte le persone con disabilità che vivono nella società svizzera, che si aggira intorno al 22%.

Nonostante un ordine del giorno piuttosto conciso e rigoroso da seguire, essi - guidati dal Consigliere nazionale Christian Lohr (l'Alleanza del Centro, dal Cantone di Turgovia), lui stesso colpito da una disabilità fisica dovuta al talidomide, e in presenza dell'attuale Presidente del Consiglio nazionale, Martin Candinas (l'Alleanza del Centro), e della Presidente del Consiglio degli Stati, Brigitte Häberli-Koller (l'Alleanza del Centro) - hanno adottato una risoluzione<sup>7</sup> all'Assemblea federale per chiedere quanto segue:

1. «Chiediamo di poter esercitare i nostri diritti di voto e di eleggibilità autonomamente e senza ostacoli. Nessuna deve essere privato di questi diritti a causa di una disabilità. Confederazione, Cantoni e Comuni garantiscono che tutte le persone con disabilità abbiano accesso a tutte le informazioni, e che la procedura di voto sia possibile autonomamente e senza ostacoli.»
2. «Chiediamo di poter partecipare alla vita politica in modo autodeterminato e paritario. Confederazione, Cantoni, Comuni, partiti e organizzatori di eventi politici si impegnano a rendere manifestazioni, procedure, edifici, servizi, documenti e informazioni accessibili a tutte le persone con disabilità, a mettere a disposizione fondi pubblici a tale scopo e si oppongono all'abilismo.»

<sup>7</sup> [Risoluzione della Sessione delle persone con disabilità «È ora di garantire la piena partecipazione politica!», Pro Infirmis, adottata il 24.03.2023, consultata il 04.04.2023.](#)

3. «Chiediamo una migliore rappresentanza diretta delle persone con disabilità a tutti i livelli politici, dal Consiglio comunale al Consiglio federale. Confederazione, Cantoni, Comuni e partiti si impegnano a raggiungere questo obiettivo adottando misure di sostegno, incoraggiamento e di compensazione finanziaria degli svantaggi. Lo Stato garantisce che alla fine del mandato le persone elette abbiano di nuovo diritto alle prestazioni sociali percepite in precedenza.»
4. «Chiediamo di essere consultati in merito a tutte le decisioni politiche e di partecipare al dibattito. A tale scopo, tutte le commissioni permanenti a tutti i livelli statali designano persone con disabilità in qualità di esperti, e le consultano. A livello nazionale viene inoltre costituita una commissione extraparlamentare di persone con disabilità.»
5. «Chiediamo agli 1,8 milioni di persone con disabilità di attivarsi, fare rete e partecipare a tutti i livelli politici. Dobbiamo individuare gli ostacoli ancora presenti e conquistarci il nostro spazio in politica.»
6. «Chiediamo alle organizzazioni delle e per le persone con disabilità di fungere da esempio eleggendo persone con disabilità nei loro organi strategici e operativi, consentendo loro di lavorare in modo autonomo e senza ostacoli, e impegnandosi con loro per la piena partecipazione politica.»
7. «Chiediamo che le persone con disabilità non vengano giudicate in funzione di alcune capacità e ridotte alla loro disabilità. Secondo il diritto fondamentale, tutti gli esseri umani sono uguali e non devono essere oggetto di un trattamento iniquo o di una categorizzazione stereotipata.»
8. «Chiediamo che questa prima sessione delle persone con disabilità non sia anche l'ultima. C'è ancora molto da dire e da fare.»

In Svizzera, ci sono cittadini che vivono sotto la cosiddetta «curatela generale» soprattutto a causa di disabilità psicologiche o cognitive. Nella stragrande maggioranza dei Cantoni e a livello federale sono esclusi dalla partecipazione alla politica (direttamente e indirettamente).

Questo deve finire, soprattutto per un Paese che è molto orgoglioso delle sue tradizioni democratiche e della sua diversità e che è una delle democrazie più longeve e ininterrotte del mondo.

I maggiori ostacoli alla partecipazione politica su un piano di parità sono la mancanza di accessibilità agli edifici dei partiti, dei governi locali, cantonali o federali e dei parlamenti, ai luoghi degli eventi, ad esempio i comizi, alle informazioni o alla detenzione e all'esercizio delle cariche se eletti, e gli ostacoli linguistici e comunicativi (come l'assenza del linguaggio dei segni e di traduzioni di facile lettura, l'assenza di sottotitoli, i siti web mal progettati e accessibili e i contenuti dei canali dei social media). L'accessibilità non è affatto o solo parzialmente garantita.

Se ci sono politici eletti con disabilità, alcuni rischiano la pensione di «invalidità» o l'accesso a prestazioni complementari durante il loro mandato e dovranno ripresentare la domanda in seguito (probabilmente giustificati volentieri dall'affievolirsi del «sistema di milizia» in politica).

Secondo la risoluzione e a causa dell'insufficiente partecipazione delle persone con disabilità, la revisione del rapporto sul Paese da parte del Comitato ONU sui Diritti delle Persone con Disabilità<sup>8</sup>, che ha il diritto statutario di osservare la situazione delle persone con disabilità in Svizzera grazie alla ratifica della Convenzione sui Diritti delle Persone con Disabilità nell'aprile 2014, ha riscontrato gravi carenze in tutti i settori della vita, ma soprattutto nell'accessibilità dei trasporti pubblici (fermate degli autobus e stazioni ferroviarie) che devono essere accessibili fino alla fine del 2023, secondo la legge federale sui disabili LDis, nell'accessibilità degli edifici o nel finanziamento dei laboratori protetti per persone con disabilità e delle case di cura che ostacolano la partecipazione alla società e all'economia, o il fatto che la Svizzera etichetta le persone con disabilità come «invalide» (nulle, inutili) o «impotenti» (vedi «indennità di impotenza» per gli assegni per grandi invalidi in tedesco e in francese) nel suo sistema di sicurezza sociale.

**Volt Svizzera è desiderosa di ottenere queste richieste dalla risoluzione e di lavorare sodo su di esse, perché sono al centro dei valori progressisti, equitativi, inclusivi e paneuropei di Volt. Insieme ci battiamo in tutta Europa per una società più giusta, in cui tutti possano realizzare il proprio potenziale.**

---

<sup>8</sup> [Comitato ONU sui Diritti delle Persone con Disabilità, Osservazioni conclusive sul Primo Rapporto della Svizzera \(inglese\), adottate il 23.03.2022, pubblicate il 13.04.2022, consultate il 04.04.2023](#)